

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 1

(Beginn: 15.41 Uhr - Ende: 16.45 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sondersitzung als 9. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, all jene, die im Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie alle, die Mitglieder des Rates.

Besonders begrüße ich heute Herrn Bürgermeister Dr. Ralf Heinen und gratuliere ihm herzlich zum Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Außerdem begrüße ich besonders herzlich Herrn Stefan Charles, der auf der Tribüne sitzt und heute erstmalig eine Sitzung des Kölner Stadtrates erlebt. Zumindest gehe ich davon aus, dass das richtig ist.

(Herr Charles macht eine zustimmende Geste)

Ja.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Abé, Herr Achtelik, Frau Heithorst, Frau Heuser, Herr Jeschka, Herr Kaske, Herr Dr. Lutz, Herr Paetzold, Herr Richter, Frau Scho-Antwerpes, Frau Steinmann und Frau Venturini entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Michalak, Herrn Kircher und Frau Henk-Hollstein.

Auch heute legen wir zunächst die Tagesordnung fest. Der Entwurf liegt Ihnen vor, in dem auch die Zusetzungen gekennzeichnet sind.

Die AfD-Fraktion hat am 22. August 2021 fristgemäß einen Antrag auf „Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln“ eingereicht, den wir als Tagesordnungspunkt A behandeln sollten.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil unter den Tagesordnungspunkten 2.1 und 2.2 die Verwaltungsvorlagen, unter Tagesordnungspunkt 2.4 die Gremienbesetzung und im nichtöffentlichen Teil Tagesordnungspunkt 3.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Zunächst Herr Hammer und dann Herr Weisenstein.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantrage, dass wir den Tagesordnungspunkt auf Aktuelle Stunde sowie den Dringlichkeitsantrag gemeinsam behandeln und das Ganze dann nach der Wahl des Beigeordneten durchführen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das jetzt schon einmal so auf. Wir haben den Dringlichkeitsantrag zwar noch nicht auf die Tagesordnung genommen, aber wenn das geschehen sollte, können wir das gern so machen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hiermit beantragt die Fraktion DIE LINKE, den Tagesordnungspunkt 1 „Wahl einer*s Beigeordneten“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

Begründung:

Erstens: Aus unserer Sicht wäre der heutige Beschluss des Rates ein Verstoß gegen § 71 der Gemeindeordnung, weil nicht alle Ratsmitglieder die gleiche Möglichkeit hatten, sich über die Bewerber*innen zu informieren. Wir wissen, dass einzelne Ratsmitglieder mehr Informationen über die Bewerber*innen hatten als wir.

Zweitens: Wir haben am 16.08.2021 das Besetzungsverfahren Kulturdezernat bei Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, beanstandet, weil die von Ihnen gewährte Akteneinsicht nicht vollständig gewesen ist, und zwar weder bei unserem ersten noch bei unserem zweiten Termin. Eine Stellungnahme bezüglich unserer Beanstandung vom OB-Büro haben wir nicht erhalten. Falls unser Antrag auf Nichtbehandlung abgelehnt wird, werden wir gegen die Wahl von Herrn Charles stimmen. Dieses Stimmverhalten richtet sich nicht gegen Herrn Charles. Vielmehr ist das Stimmverhalten Ausdruck unserer Ablehnung gegenüber dem Verfahren. Unsere Ablehnung ist notwendig, um

9. Sitzung vom 23. August 2021**Seite 2**

gegebenenfalls erfolgreich im juristischen Vorgehen gegen den Beschluss zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann komme ich jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt und Die FRAKTION haben heute zum Thema „Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 2.3.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Keine. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Das ist die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

(Beifall von Derya Karadag [Bündnis 90/Die Grünen])

Dann kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung. Dazu hatte Herr Hammer uns schon zur Kenntnis gebracht, wie er sich eine entsprechende Behandlung in der Tagesordnung vorstellt, und zwar stellte er einen Antrag auf gemeinsame Beratung von TOP A und TOP 2.3. Wann sollte das stattfinden, Herr Hammer? Mögen Sie das bitte noch einmal sagen?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, direkt nach der Wahl, also vor den Verwaltungsvorlagen beginnend mit 2.1 bitte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, gut.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte den Antrag gestellt, den Punkt 1 zu vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das habe ich zur Kenntnis genommen. Das werden wir jetzt natürlich auch gleich abstimmen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wunderbar, danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Vorschlag von Herrn Hammer und anschließend über den Antrag von Herrn Weisenstein abstimmen. - So ist auch die richtige Reihenfolge. Ich musste mich jetzt nur noch einmal vergewissern, ob das eine das andere vielleicht stört, aber das tut es nicht.

Gibt es Gegenstimmen zum Vorschlag von Herrn Hammer? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Dann ist dem zugestimmt.

Ich lasse nun über den Antrag der LINKEN abstimmen, die Wahl von der Tagesordnung zu nehmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über die Änderung der Tagesordnung als Ganzes abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich würde gern vor Eintritt in die Tagesordnung noch einmal das wiederholen, was ich der Presse zu dem antisemitischen Übergriff bzw. Vorfall und zu dieser Kriminalität, die am vergangenen Samstag entstand, gesagt habe. Natürlich habe ich mit Entsetzen und Bedauern auch von dieser Tat gehört. Antisemitische Übergriffe werden in unserer Stadt nicht geduldet.

(Beifall)

Ich möchte mich in dem Zusammenhang noch einmal bei der Polizei dafür bedanken, dass sie sehr schnell tätig wurde.

Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass in unserer Stadt jeder und jede angstfrei leben können muss - egal, welcher Religion sie angehören, welche Weltanschauung vorhanden ist und wie man lebt oder wen man liebt. Diese Weltoffenheit gehört zu Köln, sie macht uns aus, sie macht uns stark. Ich denke, dass uns solche Übergriffe immer wieder schmerzen und wir deshalb gemeinsam dagegen vorgehen und ein Zeichen setzen sollten. Vielen Dank, dass Sie mir diesbezüglich zustimmen.

(Beifall)

Das ist eine Gemeinsamkeit, die Köln immer wieder nach außen tragen sollte.

Nun rufe ich auf:

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 3

1 Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat VII - Kunst und Kultur 2197/2021

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das mit dem Verfahren zur Besetzung der Beigeordnetenstelle für das Dezernat VII beauftragt wurde und dem ich mich vollinhaltlich angeschlossen habe, wird von mir Herr Stefan Charles für die Beigeordnetenfunktion vorgeschlagen. Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Wortmeldungen? - Es gibt auch keine Wortmeldungen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich bitte Sie um das Handzeichen, wenn Sie sich heute dazu entschließen, Herrn Stefan Charles die Beigeordnetenstelle zu übertragen. - Das sind SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und AfD. Zudem sehe ich Herrn Dr. Akude und Frau Syndicus. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Das sind Herr Hock und Herr Wortmann für Die FRAKTION. Herr Zimmermann enthält sich ebenfalls. - Danke.

Damit ist die Abstimmung abgeschlossen, und ich stelle fest, dass Herr Stefan Charles vom Rat der Stadt Köln mit großer Mehrheit zum Beigeordneten für das Dezernat VII gewählt wurde.

Ich bitte Sie sehr herzlich, zu uns nach unten zu kommen und die Wahl anzunehmen.

(Anhaltender Beifall - Herr Charles betritt den Sitzungssaal)

Herr Charles, nehmen Sie die Wahl an?

Beigeordneter Stefan Charles: Ja, ich nehme die Wahl an.

Oberbürgermeister Henriette Reker: Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich.

(Beifall - Herr Charles nimmt Blumen und Glückwünsche entgegen - Es werden Fotos gemacht - Herr Charles verlässt den Sitzungssaal)

Meine Damen und Herren, dann fahre ich in der Tagesordnung fort und rufe - so, wie eben beschlossen - auf:

A Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Aktuelle Stunde zur Lage in Afghanistan und den Konsequenzen für die Stadt Köln“ AN/1718/2021

Tagesordnungspunkt:

2.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt und Die FRAKTION betreffend „Schnellstmögliche Aufnahme von Menschen aus Afghanistan“ AN/1726/2021

Ich gebe zunächst Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn nach 20 Jahren Militärpräsenz und nach massivem Einsatz von Personal und Mitteln eine kleine, schlecht ausgerüstete Taliban-Streitmacht von gerade einmal 30 000 Gotteskriegeren ausreicht, um die von uns bestens ausgerüsteten regulären afghanischen Streitkräfte von rund 200 000 Mann quasi aufzulösen, dann gilt es, daraus Schlüsse zu ziehen: dass die Afghanen erstens nach unseren Maßstäben offensichtlich ihre Freiheit nicht wollen, dass sie zweitens mehrheitlich - aus welchen Gründen auch immer - offensichtlich mit den Taliban sympathisieren und dass ihnen drittens das, was wir unter Freiheit verstehen, offensichtlich nicht genug wert ist, um dafür auch zu kämpfen.

Eine vernünftige Politik, meine Damen und Herren, kann daraus nur zwei Schlüsse ziehen. Erstens: Ein neuerlicher Bundeswehreinsatz würde nur neue Menschenleben kosten. Es kann nicht sein, dass wir wieder deutsche Soldaten opfern, während die afghanischen Streitkräfte davonlaufen.

Zweitens: Mit einer erneuten Aufnahme von Flüchtlingen schaffen wir nur ein weiteres Mal die völlig falschen Anreize. Warum sollte jemand für seine Heimat kämpfen, wenn er es sich hier in Germany wunderbar bequem machen kann? - Unsere Gesellschaft verträgt keine neue Migrationswelle.

(Beifall bei der AfD)

2015 darf sich nicht wiederholen. Wir brauchen keine schlecht ausgebildeten Zuwanderer aus archaischen Stammesgesellschaften und wehrfähige Männer schon gar nicht.

(Buhrufe von der LINKEN)

Die sollen gefälligst ihr Land verteidigen.

(Beifall bei der AfD)

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 4

Für Frauen und Kinder finden sich Lösungen in den Nachbarländern, wobei wir begrenzt finanziell unterstützen können. Aber eines muss klar sein, meine Damen und Herren: Nach Europa - no way. No way!

(Beifall bei der AfD)

Afghanistan, meine Damen und Herren, ist nur die Spitze des Eisbergs: Die Lage im Irak und im Jemen ist nach wie vor sehr instabil. Der Iran ist wirtschaftlich schwer angeschlagen; Gleiches gilt für die Türkei. Der Libanon ist der nächste Kandidat für die Selbstauflösung staatlicher Strukturen.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Der Blick nach Afrika, meine Damen und Herren, macht auch wenig Mut. Hier bilden die hinlänglich bekannte muslimische Rückständigkeit und afrikanisches Phlegma eine fatale Mischung.

(Zurufe von der LINKEN)

Wir fragen: Was soll eine bundesdeutsche Militärmission nach dem Afghanistan-Desaster eigentlich noch in Mali? - Angesichts dieser geopolitischen Lage im Süden von Europa kann unsere oberste Briefeschreiberin an die Bundeskanzlerin, Frau Oberbürgermeisterin Reker, schon einmal getrost einen Serienbrief aufsetzen. Wer wie die Grünen, die evangelische Kirche und andere Gutmenschen jetzt wieder Kontingente von Flüchtlingen vorschlägt und fordert, hat aus dem Migrationsdesaster von 2015 nichts gelernt, aber auch gar nichts gelernt.

(Beifall bei der AfD)

Wir als AfD sagen: Begrenzte Aufnahme von afghanischen Ortskräfte - ja! Aufnahme von sonstigen Flüchtlingen - nein! 2015 darf sich nicht wiederholen.

Unsere Position war schon immer: Die deutsche Bundeswehr hat in Afghanistan nichts zu suchen. Wir lesen im Wochenrhythmus von jungen afghanischen Männern, die als sogenannte Flüchtlinge nach Europa kommen und hier schwerste Straftaten begehen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Unsinn!)

Erinnert sei an die vier Afghanen, die in Wien eine 13-jährige Deutsche gemeinsam vergewaltigt und dann umgebracht haben. Sie waren polizeibekannte Straftäter. Abgeschoben wurde keiner von ihnen, da Afghanistan dafür bekanntermaßen zu

gefährlich ist - nur nicht für die deutschen Soldaten, die wir dorthin schicken.

Oder nehmen wir die beiden afghanischen Brüder in Berlin, die jüngst ihre Schwester ermordet haben, weil sie sich dem westlichen Lebensstil angepasst hatte. Alle drei kamen als Flüchtlinge zu uns. Deutsches Asyl, deutsches Geld und eine deutsche Wohnung haben sie alle gern genommen, aber weil die Schwester auch wie eine Deutsche leben wollte, brachten sie sie um. Wie Deutsche zu leben ist eben unehrenhaft.

In Afghanistan, meine Damen und Herren, ist der Export westlicher Lebensart, das sogenannte Nation Building, krachend gescheitert.

(Beifall bei der AfD)

Unsere Werte sind nicht universell. Wer ernsthaft glaubt, man könne Generationen von ethnisch-kultureller Prägung

(Herr Michalak [Bündnis 90/Die Grünen] zählt den Countdown bis zum Ende der Redezeit herunter.)

mit Integrationskursen und Sozialarbeitern therapieren, der bezeugt nur seine komplette Ignoranz.

(Zurufe von der LINKEN)

Die One-World-Ideologie der Gutmenschen ist gescheitert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist abgelaufen, Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Die bittere Wahrheit ist: Viele Menschen wollen partout nicht so leben wie wir und wir nicht so wie sie.

(Mario Michalak [Bündnis 90/Die Grünen]: Es reicht!)

2015 darf sich nicht wiederholen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke den antragstellenden Fraktionen, die gleich sprechen werden, sehr für den Dringlichkeitsantrag; denn die Bilder, die uns vergangene Woche aus Afghanistan erreichten, haben mich entsetzt, erschrocken und traurig gemacht. Ich

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 5

muss sagen: Ebenso entsetzt hat mich gerade auch der Vortrag von Herrn Boyens.

(Beifall)

Dieses menschenverachtende Bild, was dabei gezeichnet wurde, passt nicht zu Köln. Mir war und ist die Aufnahme von Geflüchteten ein Herzensanliegen, und ich weiß, dass Sie mich dabei unterstützen. Natürlich werde auch ich Ihren Antrag ganz ausdrücklich unterstützen. Denn eines ist klar: Als Stadtgesellschaft und Kommune tragen wir eine globale Verantwortung, und ich begreife es als unsere Pflicht und als Gebot der Menschlichkeit, vor Unrecht und Verfolgung Fliehende in dieser Stadt aufzunehmen und ihnen den Schutz zu bieten, den sie brauchen.

(Beifall)

Ich werde mich selbstverständlich auf allen politischen Ebenen für einen großzügigen Beitrag Kölns bei der Aufnahme Geflüchteter einsetzen, und ich werde auch deutlich machen - so, wie ich es schon seit Jahren tue -, dass wir nicht erst auf eine europäische Lösung oder auf eine Entscheidung nach der Bundestagswahl warten können. Vielmehr wollen wir mit gutem Beispiel vorangehen und das freundliche Gesicht unserer Stadt zeigen. Köln steht zu den humanitären Werten des Grundgesetzes. Schutz vor Verfolgung und Achtung der Menschenwürde sind wichtige Werte. Wir stehen an der Seite der Geflüchteten aus Afghanistan und sind auch bereit zu helfen, und zwar lieber morgen als übermorgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Nun spricht zunächst Frau Yazicioglu zu Tagesordnungspunkt 2.3.

Dilan Yazicioglu (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Tagen erreichen uns immer neue Bilder aus Afghanistan - Bilder, die unter die Haut gehen, berühren und fassungslos machen. Diese Aufnahmen sind entsetzlich und nur schwer zu ertragen. Ich will in aller Deutlichkeit sagen: Sie sind empörend und beschämend.

(Die Rednerin deutet auf die AfD-Fraktion)

Wir tragen die Verantwortung, und es muss jetzt entschlossen gehandelt werden. Die Stadt Köln hat eine Unterbringungsreserve von etwa 1 500 Plätzen für neu ankommende Menschen. Daher müssen wir umgehend zusätzlich zu unse-

rer Flüchtlingsaufnahmequote und den bereits beschlossenen Aufnahmekontingenten weitere Kapazitäten für Schutzsuchende aus Afghanistan schaffen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Neben Ortskräften müssen auch Journalist*innen, Frauenrechtler*innen, Menschenrechtler*innen, Angehörige ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten schnell, unkompliziert und umgehend geschützt und evakuiert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Wir, die Stadt Köln, sind bereit und fordern eine großzügige Aufnahme durch die Bundes- und Landesregierung, und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist keine Geste der Wohltätigkeit, sondern das ist unsere humanitäre Verantwortung.

(Beifall)

Jetzt möchte ich noch einige Sätze zu 2015 sagen: Wir haben im Jahr 2015 in Köln eine großartige Willkommenskultur erlebt. 2015 hat gezeigt, wie solidarisch und offen unsere Gesellschaft ist. 2015 hat auch gezeigt, wie emphatisch, hilfsbereit und engagiert die Kölnerinnen und Kölner sind. Man kann sich für den Satz mancher Politiker, 2015 dürfe sich nicht wiederholen, einfach nur schämen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der LINKEN)

Dieser Satz ist geradezu schändlich und ausländerfeindlich.

Das, was sich tatsächlich nicht wiederholen darf, ist die Überheblichkeit, die Menschenverachtung und die Unterlassung von menschenwürdiger Hilfeleistung aus Angst vor rechter Hetze, die Migration als ein bedrohliches Unheil sieht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Genau das darf sich tatsächlich nicht wiederholen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit unserem Antrag setzen wir uns auch für einen sicheren Aufenthaltsstatus für die in Köln lebenden Afghaninnen und Afghanen ein. Das heißt natürlich auch, dass wir uns zu einer sofortigen Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan bekennen.

(Zuruf von der AfD: Auch Straftäter?)

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 6

Köln ist eine vielfältige Stadt. Köln ist eine Stadt der Menschenrechte, die sich dazu bekannt hat, ein sicherer Hafen für Menschen auf der Flucht zu sein. Dies müssen wir auch umsetzen. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD, der LINKEN, der FDP und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst vielen Dank für die engagierte Vorrede.

Wir werden in dieser humanitären Katastrophe helfen. Die Bilder, die uns täglich aus Afghanistan erreichen, sind dramatisch: Menschen, die verzweifelt versuchen, in den Kabuler Flughafen einzudringen, weil sie auf Rettung vor den Taliban hoffen, Babys, die von ihren Vätern und Müttern über den Stacheldraht an die NATO-Soldaten gegeben werden, die nicht wissen, ob sie sie je wiedersehen werden, Menschen, die sich an starrende Flugzeuge ketten und dann aus großer Höhe abstürzen - alles scheinbar besser, als Folter und Tod zu befürchten. So scheint es, und so ist es wohl auch.

Diese Bilder sind nur schwer zu ertragen; das geht nicht nur mir so. Ich glaube, jeder und jede hier im Raum hat dieses Gefühl von Entsetzen, Bedrückung und gefühlter Hilflosigkeit. Doch wir sind nicht hilflos. Ganz im Gegenteil. Wir können hier und heute in Köln einen kleinen, aber wichtigen Beitrag leisten, dieses Leid zu lindern, indem wir aus Afghanistan geretteten Menschen die Aufnahme in Köln zusichern und ermöglichen, so dass damit die Hoffnung auf ein Leben wiedergegeben wird, das ihnen einst versprochen wurde.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und von Katja Hoyer [FDP])

Wir werden unseren humanitären Beitrag für diese Herausforderung leisten. Der Rat der Stadt Köln hat sich in der Vergangenheit nie weggeduckt, wenn er gefordert war, in solchen Krisen schnell zu handeln. Das haben wir immer gemeinsam - sowohl heute mit unserer Oberbürgermeisterin als auch mit unseren Oberbürgermeistern in allen Ratsperioden davor - getan. Auch die Verwaltung hat uns im operativen Handeln immer stark unterstützt.

Wir setzen hier als größte Stadt in NRW und viertgrößte Stadt in Deutschland ganz klar auch ein Zeichen der Solidarität an alle. Wir sind bereit, zusätzlich zur Aufnahmequote einer weiteren Anzahl von Menschen Schutz zu bieten. Wir wollen hier besonders Familien, Müttern und Kindern helfen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der LINKEN und der FDP)

Als Stadt Köln werden wir auch - das habe ich mir deutlich versichern lassen - im gesamten interkommunalen und landesweiten Handeln prozessual Hilfe anbieten; denn wir können das.

An dieser Stelle möchte ich bereits jetzt - ich spreche für die allermeisten hier im Raum, wie wir nach der ersten Rede heute zu diesem Thema gemerkt haben - all den Initiativen, Trägern und engagierten Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt danken, die sich mit uns auf diesen humanitären Weg der solidarischen Stadtgesellschaft begeben.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

In diesen Stunden geht es um Hilfe in der Not, damit wir denjenigen helfen, die aktuell evakuiert werden können. Damit wir dies gemeinsam ermöglichen, bitte ich um Zustimmung zu diesem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Fraktionen. Lassen Sie uns zusammen handeln und klare Zeichen setzen, und zwar hier in Köln, aber auch über Köln hinaus. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der LINKEN, der FDP und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat jetzt das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer an den Bildschirmen! Wir erleben derzeit schwere Stunden und eine schwere Zeit in Afghanistan. Die Bilder, die uns durch die Nachrichten auch hier in Köln erreichen, sind schreckliche Bilder - Bilder, von denen wir eigentlich gehofft hatten, diese in diesem Land nicht mehr sehen zu müssen. Die Hoffnung war, dass in Afghanistan eine neue Demokratie entsteht und man zu Humanität zurückkehren könnte. Leider war das eine trügerische Hoffnung.

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 7

Nun ist es hier in Köln - so, wie weltweit - eine klare Verpflichtung, den Menschen, die sich dort derzeit in einer extremen Notlage befinden, zu helfen, ihnen Schutz vor den unmittelbaren Bedrohungen zu bieten, aber auch eine Perspektive. Viele der Bürgerinnen und Bürger Afghanistans haben an die Demokratie und an ein ordentliches Leben geglaubt, aber die Macht der Taliban hat dies verhindert. Jetzt ist es unsere Aufgabe in Köln - deshalb bin ich den Mit Antragstellern dankbar -, zu zeigen, dass wir in Köln auch wieder ein klares Zeichen setzen; denn ein Zeichen ist notwendig - ein Zeichen der Humanität und der Hilfe, und zwar aus der Tradition unserer Stadt heraus und aus der Verpflichtung, Menschen zu helfen, wie wir es bereits vielfach an anderer Stelle getan haben; erstmalig nach dem Zweiten Weltkrieg, als viele Menschen nach Köln kamen, aber auch danach immer wieder. Genau das wird unser Antrag mit auf den Weg geben.

Wir wissen, dass wir bei der Verwaltung und auch bei den vielen Initiativen, die wir in unserer Stadt haben, offene Ohren finden. Gemeinsam können wir, glaube ich, mit diesem Zeichen und mit ganz konkreten Maßnahmen auch dazu beitragen, zumindest für einen Teil der Menschen die Not zu lindern. Wir alle hoffen sehr, dass wir weltweit eine gute Lösung finden, damit wir nicht weiter diese schrecklichen Bilder sehen müssen. Deshalb lassen Sie bzw. lässt uns hier gemeinsam diesen Antrag als Zeichen beschließen, um damit ein kleines Stückchen Hoffnung für die Menschen in Afghanistan auf den Weg zu bringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig und gut, dass zur heutigen Sitzung dieser gemeinsame Antrag vorliegt, der auf Initiative der FDP-Fraktion entstanden ist.

Bereits zweimal - im Februar 2019 und März 2021 - hat der Rat beschlossen, dass unsere Kommune ein zusätzliches Kontingent von Geflüchteten, die aus dem Mittelmeer gerettet werden konnten, aufnimmt. In dieser Tradition der Solidarität mit Geflüchteten aus Krisenregionen sehen wir den heutigen Antrag, dass Köln über die Aufnahmequote hinaus richtigerweise zusätzlich

geflüchtete Menschen aus Afghanistan aufnimmt und eine Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan fordert.

Zugleich appelliert der Rat, dass unbürokratische und schnelle Aufnahmeprogramme auf allen politischen Ebenen eingerichtet werden. Dieser Antrag ist wirklich sehr gut.

Bei der Rettung muss vor Ort auf Formalitäten verzichtet werden. Weiteres Verwaltungshandeln kann in Deutschland oder in sicheren Drittländern, wenn die Menschen gerettet sind, erfolgen. Damit aber allen an Leib und Leben bedrohten Menschen in Afghanistan geholfen werden kann, sollte die Bundesregierung jetzt schleunigst eine Luftbrücke einrichten. Es müssen sofort Listen Gefährdeter in Zusammenarbeit mit allen Organisationen, die auf Basis von Mitteln des Bundeshaushalts in Afghanistan tätig werden, erstellt werden. Denn - die Kollegin von den Grünen hat es schon gesagt - es kann nicht nur um Ortskräfte der Bundeswehr gehen, sondern es muss auch um Ortskräfte deutscher Ministerien und Subunternehmen, um Organisationen deutscher NGOs und um Stiftungen inklusive ihrer Familien gehen. Es geht um Journalist*innen, die für deutsche Medien gearbeitet haben, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in Deutschland studiert und geforscht haben, um Verteidiger*innen von Frauen- und Menschenrechten, um gefährdete Autor*innen, Künstler*innen sowie um Sportler*innen und Angehörige religiöser, ethnischer und sexueller Minderheiten. All diese Menschen müssen gerettet werden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch die Familienangehörigen von in Deutschland lebenden Afghaninnen und Afghanen, die zum Teil bereits seit Jahren auf Visa zum Familiennachzug warten, müssen aufgenommen werden.

Als Konsequenz der Rettungsbemühungen sollte es zusätzlich zur Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan ein vereinfachtes Asylverfahren für Deutschland und die EU geben.

Seit vielen Jahren konnte in Afghanistan von Sicherheit keine Rede sein. Heftige Kämpfe und Bombenanschläge waren an der Tagesordnung. Durch die bewaffneten Konflikte verloren jedes Jahr Tausende Menschen ihr Leben, ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage. Hunderttausende Afghaninnen und Afghanen befanden sich seit Jah-

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 8

ren auf der Flucht und viele davon - das vergessen wir oft - als Binnenflüchtlinge in den direkten Nachbarländern.

Wer es wissen wollte, konnte seit vielen Jahren sehen: „Nichts ist gut in Afghanistan.“ Die ehemalige evangelische Bischöfin Margot Käßmann wurde für diesen Satz sehr gescholten, aber sie sprach das aus, was man über die Medien erfahren konnte. Die Bundesregierung schob Menschen trotz der katastrophalen Sicherheitslage im Land nach Afghanistan ab, obwohl das für die Betroffenen bedeutete, dass sie in teils lebensgefährliche Zustände zurückgeschickt wurden. Diese Abschiebungen waren falsch. Insofern ist es gut, dass der Stadtrat jetzt dazu aufruft, Abschiebungen endlich auszusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

In mehr als 20 Jahren wurde mit dem Krieg in Afghanistan, der von einer internationalen Koalition der mächtigsten Armeen der Erde geführt wurde, keines der Ziele erreicht. Wir werden es uns in Deutschland in der öffentlichen Diskussion aber nicht so einfach machen wie gerade der Vertreter der AfD-Fraktion, der mit seinem dumpfen, ewiggestrigen, aus dem 19. Jahrhundert - der Zeit des Kolonialismus - stammenden Welt- und Menschenbild eine sehr einfache Schuldzuweisung gegeben hat.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind ökonomisch, politisch und sozial weitaus kompliziertere Vorgänge.

Heute gibt es bereits in allen Teilen Afrikas operierende islamistische Terrorgruppen, die brutal rauben und morden. Nach 20 Jahren des Krieges gegen den Terror - davon ist meine Partei überzeugt - führt uns diese Dominanz des Militärischen global tiefer hinein in den Teufelskreis aus Krieg und Terror. Es ist daher höchste Zeit für einen Strategiewechsel und eine Abkehr von der Logik des Militärischen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD - Abgeordnete der AfD-Fraktion zählen den Countdown bis zum Ende der Redezeit herunter)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen!

Es ist vielfach schon beschrieben worden, wie schockierend die Bilder aus Kabul sind, die uns hier erreichen, und wie sie uns wirklich bis ins Mark erschüttern. Ich möchte nun aber auch einen Blick auf die vielen Kölnerinnen und Kölner mit afghanischen Wurzeln werfen, die um ihre Angehörigen in Kabul zittern.

Gestatten Sie mir einen persönlichen Einschub: Ich erlebe im Moment hautnah das Schicksal einer tadschikischen Familie mit. Zwei Jungs leben hier in Deutschland, die restliche Familie - drei Geschwister und die Eltern - ist in Kabul. Sie hätten Anspruch auf einen Platz in einem Flugzeug, aber es ist bisher schlicht und ergreifend nicht gelungen, weil sie nicht zum Flughafen durchkamen. Wie schrecklich ist das denn? - Sie haben die Chance, konnten sie aber nicht ergreifen. Sie versuchen es nun weiterhin. Die beiden Jungen sind in Deutschland gut integriert. Sie gehen zur Schule, sind erfolgreich, haben natürlich Angst um ihre Familie und müssen sich dann solche Sprüche von der AfD-Fraktion anhören.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Situation ist es gut, dass die demokratischen Fraktionen in diesem Rat gemeinsam - und das mitten im Wahlkampf - in einem Dringlichkeitsantrag zur Lage in Afghanistan Stellung genommen haben, und ich bin auch der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung sehr dankbar, dass sie uns so gut unterstützen.

In dem Antrag bringen wir unsere Solidarität zum Ausdruck, und zwar mit allen Afghaninnen und Afghanen, die aufgrund ihrer persönlichen Situation die Verfolgung durch die Taliban fürchten müssen. Die Ortskräfte, die für deutsche oder internationale Organisationen gearbeitet haben, verdienen unseren Schutz, weil sie von den Taliban besonders verfolgt werden, wie die zahlreichen Durchsuchungen von Häusern zeigen, in denen die Taliban diese Ortskräfte vermuten. Sie haben in den vergangenen Jahren für die westlichen Staaten und Institutionen gearbeitet, und zwar im Vertrauen darauf, dass der Westen sie im Falle einer Machtübernahme durch die Taliban schützt. Es ist also unsere moralische Verpflichtung, dass wir diese Erwartung nicht enttäuschen.

Meine Damen und Herren, wir haben auch eine Verpflichtung den Afghanen und Afghaninnen gegenüber, die sich in den vergangenen Jahren für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung eingesetzt haben. Ich denke dabei unter anderem an die Frauenrechtler*innen, die für Gleichberechtigung gekämpft haben. Sie

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 9

müssen nun erleben, dass Mädchen der Schulbusch verwehrt wird und Frauen sich nicht mehr ohne männliche Begleitung auf die Straßen trauen dürfen. Ich erinnere nur an die beeindruckenden Demonstrationen vor einigen Tagen, auf denen die afghanische Flagge in einem Autokorso durch die Straßen gefahren wurde. Welch ein Mut von diesen Menschen!

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

All diesen mutigen Kämpferinnen und Kämpfern für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung gilt unsere Unterstützung. Allen! Sie brauchen Schutz vor Verfolgung. Die angrenzenden Staaten, aber auch die EU, Deutschland, NRW und Köln müssen ihren jeweiligen Beitrag dazu leisten. Deshalb fordern wir zusätzliche Kapazitäten für die Aufnahme von Menschen aus Afghanistan. Denn, meine Damen und Herren, Humanität beweist sich eben nicht in Worten, sondern in Taten. - Danke.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin Reker, für Ihre klaren und starken Worte für Menschenrechte. Denen schließen wir uns uneingeschränkt an.

Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen aus den pro-demokratischen Fraktionen, für eure klaren und starken Worte. Sie haben mich sehr berührt, sodass ich durchgängig Gänsehaut hatte.

Danke, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, dass wir uns auf Sie bzw. euch verlassen können und diese Worte nicht verhallen, sondern mit Engagement umgesetzt werden.

Danke an all die ehrenamtlich engagierten Kölnerinnen und Kölner, die jetzt und auch in naher Zukunft ihre Freizeit für diese hilfesuchenden Menschen einsetzen. Ich danke euch!

Wenn ich eure Worte hier höre, dann bin ich stolz, Wahlkölnerin zu sein, und dankbar, mich hier im Rat engagieren zu können; denn hier herrschen Menschlichkeit und Empathie. Ich konnte schon in

der Vergangenheit beobachten, wie Köln in solchen Situationen agiert. Das ist etwas, was mir Hoffnung schenkt, wenn ich diese Nachrichten sehe. Wenn ich als Mutter einer kleinen Tochter sehe, wie Menschen ihre Babys über die Mauer reichen, damit sie gerettet werden - unabhängig davon, ob man als Eltern oder Angehörige mitkommen kann -, dann habe ich Tränen in den Augen. Ich kann nur erahnen, wie diese Menschen von Angst getrieben sind und wie fürchterlich es sein muss, dort zu sein.

Sicherlich haben Sie ähnliche Momente gehabt, als die Bilder und Nachrichten Sie erreicht haben. Schön, dass wir diesen Antrag nun heute so kurzfristig beschließen können und damit auch überregional ein Statement setzen. Hier zeigt Köln sein schönstes Gesicht. - Ich danke euch.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Beiträge. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die AfD hat schon gesprochen. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Mitarbeiter*innen aus der Verwaltung! Die KLIMA FREUNDE schließen sich in jeglicher Hinsicht dem vorher Gesagten der demokratischen Fraktionen dieses Rates an. Auch wir sind über alle Maßen dankbar und erfreut, dass es diesen Dringlichkeitsantrag gibt und wir uns hier in dieser Sache einig sind. Umso unfassbarer ist es, dass wir hier auch solche rassistischen, unmenschlichen und menschenrechtsverachtenden Worte hören müssen. Ich bin wirklich empört.

(Zuruf von der AfD: Realistisch!)

- Zum Thema Realismus sage ich gern noch etwas.

Das, was derzeit in Afghanistan und den afghanischen Menschen passiert - hier wurden Bilder und Erlebnisse geschildert; wir alle haben die Bilder auch gesehen -, ist wirklich etwas, was sich nicht wiederholen darf.

Allerdings - darauf möchte ich auch hinweisen - ist Afghanistan nicht das einzige Beispiel. Die KLIMA FREUNDE und die gesamte Klimagerechtigkeitsbewegung setzt sich für Klimagerechtigkeit ein und vor allem gegen Unmenschlichkeit und für die Einhaltung der Menschenrechte. Ich appelliere inständig an alle Menschen, die hier stellvertretend

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 10

für die demokratischen Kräfte unserer Stadt sitzen: Lasst uns das hier und heute als Beispiel nehmen und auch in Zukunft weiterhin so denken und so agieren.

Es gibt auch heute schon sehr viele Menschen im globalen Süden, die sich sowohl aufgrund der Klimakatastrophe als auch aufgrund anderer Situationen in einem Lebensraum befinden, in dem sie es nicht mehr aushalten und sich lieber in den Tod stürzen, als weiterhin dort zu leben. Ich und alle Menschen, die das genauso klar sehen wie wir aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, können nur sagen: Es folgen Hunderte Millionen Menschen, wenn nicht sogar Milliarden Menschen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten, die ihren Lebensraum verlieren werden. Insofern bitte ich inständig darum: Macht euch das bewusst und lasst uns auch hinsichtlich dieses Themas vernünftig und menschlich Entscheidungen treffen und eben nicht nur Worte, sondern Taten folgen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiterhin das Wort gewünscht? - Herr Cremer. Es geht also in die zweite Runde.

(Zurufe: Nein!)

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte mich heute eigentlich gar nicht melden,

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

tue es jetzt aber doch, und das haben Sie selbst verursacht.

Fangen wir einmal bei der Linksfraktion an: Sie werfen Herrn Boyens kolonialistisches Denken vor. Sie entstammen einer Partei, die sich SED nannte.

(Beifall bei der AfD)

Das ist rechtsidentisch. Sie wissen, was Ihr großer Waffenbruder in Afghanistan versucht hat. Diese ganzen ausländischen Interventionen - sei es kommunistisch, sei es der Westen - sind also offensichtlich zum Scheitern verurteilt. Das muss man einfach einmal feststellen. Die Menschen scheinen keine Lust auf diese Sachen zu haben. Das ist nun einmal Tatsache.

Man kann, glaube ich, festhalten: Sicherlich sind all diese Bilder aus Afghanistan nicht schön. Aber warum konnte es überhaupt so weit kommen? - Wir haben im Kölner Stadtrat vier Parteien, die in den letzten 20 Jahren - so lange dauerte der Einsatz; und die AfD gibt es zum Vergleich erst seit acht Jahren -,

(Zuruf von der LINKEN: Viel zu lange! - weitere Zurufe)

dort nichts erreicht haben. Sie alle haben es nicht geschafft und tragen gemeinschaftlich die Verantwortung dafür. Warum wurden die Ortskräfte - ich meine auch wirklich nur die Ortskräfte - nicht sofort mitevakuiert? - Da muss man einfach sagen: Sie alle sind gescheitert und fordern jetzt noch mehr Migration.

Herr Boyens ist auf die gesellschaftlichen Probleme eingegangen, und jetzt haben wir auch schon das erste Beispiel: Ein verurteilter Straftäter ist über einen der Flüge zurückgekommen. Ist das das Ziel der ganzen Sache? - Ein in Deutschland verurteilter Straftäter ist über die Flüge der Bundeswehr zurück nach Deutschland gekommen - das kann es doch nicht geben. Das hat doch nichts mit Humanität zu tun.

Wenn ich Ihren Antrag von der sofortigen Aussetzung aller Abschiebungen lese, frage ich mich: Gilt das dann auch für Straftäter? Gilt das auch für Menschen, die sich hier danebenbenommen haben?

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

- Okay, also auch schwerste Straftäter dürfen dann offensichtlich hierbleiben.

Dann steht in dem Antrag auch noch, dass jede Afghanin und jeder Afghane eine Chance haben soll. Also alle 34 Millionen Menschen? Dann nur die in Kabul oder auch von woanders?

Man muss einfach sagen: Vielleicht hat die ganze westliche Interventioniererei in Afghanistan die Probleme mitverursacht, unter anderem die Korruption, die damit einhergegangen ist.

(Beifall bei der AfD)

Dafür tragen Sie alle hier die Verantwortung. Es sind Ihre Parteien im Deutschen Bundestag. Wir dagegen haben immer davor gewarnt. Deswegen wird meine Fraktion diesen Dringlichkeitsantrag natürlich ablehnen, wie Sie sich sicherlich vorstellen können.

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 11

Wir sind der Meinung, dass man den Ortskräften vor Ort helfen sollte, dass sie - aber auch nur sie - nach Deutschland geholt werden oder in den Nachbarländern entsprechend versorgt werden. Dann sollten die Afghanen - ich glaube, das alles ist wesentlich komplexer, als wir meinen; denn es gibt nicht „die Afghanen“, sondern darunter befinden sich unter anderem auch Paschtunen, Tadschiken und Usbeken - ihr Glück selbst in die Hand nehmen. Vielleicht ist es wirklich besser, wenn sich keine Macht von außen dort einmischte. Nicht umsonst wird Afghanistan das Graveyard of Empires genannt.

Nun noch einige Worte zur CDU-Fraktion: Sie haben sich jetzt hier mit dem Antrag hingestellt und machen fast den Eindruck - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Sie schon darum bitten, zur Sache zu sprechen.

Christer Cremer (AfD): Ja, ich will doch zum Antrag der CDU-Fraktion sprechen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann warten wir einmal ab, was Sie jetzt sagen.

Christer Cremer (AfD): Dann müssen Sie mich nicht unterbrechen.

Zur CDU-Fraktion: Ich bin doch wirklich sehr überrascht, dass Sie hier einen solchen Antrag stellen, und zwar auch vor dem Hintergrund dessen, was Ihre Bundesspitze gesagt hat: 2015 darf sich nicht wiederholen. - Da muss man also einfach nur bei Ihnen vor der Tür eine Demonstration veranstalten und Sie ändern als ein nicht unbedeutender Kreisverband sofort die Meinung und stänkern dann zusätzlich noch gegen Ihren eigenen Kanzlerkandidaten und Ihre eigene Parteiführung? - Das ist wirklich sehr interessant.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sprechen Sie bitte zur Sache.

Christer Cremer (AfD): Bitte?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie sollen bitte zur Sache sprechen.

Christer Cremer (AfD): Ich spreche doch zur Sache. Ich rede doch zur Sache; denn ich rede über Afghanistan. Zudem war ich kurz davor, fertig zu sein, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sind Sie bitte vorsichtig? - Sonst erhalten Sie einen Ordnungsruf.

Christer Cremer (AfD): Warum denn?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil Sie mich angeschrien haben. Es gibt hier im Rat Regeln, und ich bitte Sie, sich an diese zu halten.

Christer Cremer (AfD): Auch für Sie?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, auch für mich. Genau darum gibt es diese zweite Runde, und genau darum müssen wir diesen Wortschwall jetzt ertragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und der FDP)

Sprechen Sie also bitte entweder zur Sache oder beenden Sie Ihren Redebeitrag.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, ich glaube, ich habe meinen entscheidenden Punkt gemacht. Ich bin fertig und wünsche Ihnen allen noch einen schönen Tag. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, in der zweiten Runde? - Das ist nicht der Fall. Ich gehe davon aus, dass die Aktuelle Stunde damit abgeschlossen und die Sache erledigt ist, da der Austausch dazu erfolgt ist. Ich frage dennoch: Gibt es Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Sache tatsächlich erledigt.

Ich lasse nun über den Tagesordnungspunkt 2.3 abstimmen, den wir mitbehandelt haben. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP,

9. Sitzung vom 23. August 2021 Seite 12

Volt, Herr Wortmann, Herr Zimmermann, Herr Dr. Akude, Frau Gabrysch und Frau Syndicus. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag so beschlossen. Ich bedanke mich sehr bei Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD, der FDP und bei Volt)

Ich rufe auf:

2 Weitere Vorgänge

Tagesordnungspunkt

2.1 Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2021 über das Offenhalten von Verkaufsstellen am Sonntag, dem 19.09.2021 2502/2021

Wird das Wort gewünscht? - Mir liegen auf der Rednerliste keine Redebeiträge vor. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Die Stellungnahmen der Bezirksvertretungen sind der Vorlage als Anlagen 12 bis 18 beigelegt. Die Bezirksvertretung Nippes wurde ebenfalls angehört, hat aber nicht Stellung genommen. Die Bezirksvertretung Porz hat abgelehnt. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Herr Wortmann, Herr Zimmermann, Frau Syndicus, Frau Gabrysch und die Fraktion DIE LINKE. Enthaltungen? - Von Herrn Giesen. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**2.2 GbR Historische Mitte
Nachbesetzung Lenkungsreis
3012/2021**

Gibt es Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**2.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Besetzung Ausschüsse“
AN/1730/2021**

Herr Wortmann, eine Wortmeldung?

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Ein kurzer Hinweis, Frau Oberbürgermeisterin: In der Aufstellung der Ausschussbesetzungen ist der StEA zweimal von Die PARTEI bzw. Die FRAKTION besetzt. Das fällt nun auf mich, und ich behalte meinen Sitz im StEA. Deshalb bitte ich darum, den zweiten Vertreter in der Liste, den wir benannt haben, zu streichen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehme ich jetzt so auf, Herr Wortmann. Ich kann es im Moment zwar nicht nachvollziehen, nehme das aber so auf. Wenn das möglich ist, werden wir das auch tun.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Wir können keine zwei Sitze in diesem Ausschuss halten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ich kann es im Moment nur nicht nachvollziehen.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Damit bin ich am Ende des öffentlichen Teils und bitte darum, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 16.45 Uhr)